

EVG PM vom 16.9.2012

Die Forderung nach mehr Lärmschutz für die Schiene steht im Mittelpunkt der nächsten Sitzung des Übergangsbundesvorstandes der EVG. Das nach dem Gewerkschaftstag höchste Beschlussgremium der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft wird sich am Rande der InnoTrans, der internationalen Fachmesse für Verkehrstechnik, ausführlich mit der Frage beschäftigen, wie die Akzeptanz des derzeit noch mit viel Lärm verbundenen Schienengüterverkehrs gesteigert und dem Wunsch von Anwohnern nach mehr Ruhe verstärkt Rechnung getragen werden kann.

„Wenn es nicht gelingt, in dieser Frage schnell akzeptable Lösungen zu finden, befürchten wir den Verlust vieler Arbeitsplätze bei der Eisenbahn“, machte der Vorsitzende der EVG, Alexander Kirchner, deutlich. Dann komme es zur weiteren Verlagerung der Verkehre auf die Straße und damit auf den umweltschädlichen Lkw. „Dieser Gefahr wollen wir begegnen, in dem wir uns als EVG jetzt aktiv in die aktuelle Diskussion einbringen“, so Kirchner.

Schon heute werde über ein Tempolimit oder ein Nachtfahrverbot für den Schienengüterverkehr im Mittelrheintal diskutiert. Käme es zu solchen Einschränkungen, würde sich die Zahl der Güterzüge erheblich reduzieren. Jeder Zug, der nicht mehr gebildet werden muss oder fährt, habe aber unmittelbare Auswirkungen auf die Zahl der Beschäftigten, machte Kirchner deutlich. Die Rechnung sei ganz einfach: weniger Züge bedeute auch weniger Arbeitsplätze.

„Als Eisenbahner haben wir ein ureigenes Interesse daran, dass möglichst viele Züge fahren. Das darf aber nicht auf Kosten von Anwohnern gehen“, stellte der EVG-Vorsitzende fest. Deshalb werde die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft am Dienstag, den 18. September, in Potsdam mit Vertretern des Bundesverkehrsministeriums und der Bürgerinitiativen unterschiedliche Lösungsmöglichkeiten diskutieren und anschließend ein Forderungspapier beschließen.

„Wir wollen, dass Güterzüge fahren und Anwohner trotzdem ruhiger schlafen können“, machte Kirchner das Credo seiner Gewerkschaft deutlich. In dieser schwierigen Frage werde die EVG ihren Beitrag leisten, um die Arbeitsplätze der Eisenbahner zu sichern, aber auch, um die dringend nötige Wende bei den Themen Energie und Ökologie voranzubringen.

**Beschluss der EVG  
Potsdam, 18. September 2012**

## **Resolution**

### **Acht Punkte-Programm zur Förderung von Lärmschutzmaßnahmen im Schienenverkehr**

Lärm macht krank. Auch der Lärm, der von Autos, Lastwagen und der Eisenbahn verursacht wird. Die EVG setzt sich dafür ein, Verkehrslärm so schnell und so effektiv wie möglich zu minimieren.

Der Gütertransport wird sich verstärkt auf die Straße verlagern, wenn der wachsende Widerstand der Bevölkerung gegen den Schienenlärm nicht ernst genommen wird. Der

Verlust von vielen Tausend Arbeitsplätzen bei den Eisenbahnen wäre die Folge. Das wird die EVG nicht zulassen.

Das Wachstum der Schiene als ökologisch sinnvollstem Verkehrsträger darf nicht gefährdet werden. Der Aus- und Neubau von Infrastruktur muss auch weiterhin möglich sein. Ein vernünftiger Interessenausgleich ist dafür Voraussetzung.

Vor diesem Hintergrund hat die EVG das nachfolgende „Acht Punkte-Programm zur Förderung von Lärmschutzmaßnahmen im Schienenverkehr“ erarbeitet. Ziel muss es sein, die Wettbewerbsfähigkeit der Schiene nicht zu beeinträchtigen. Deshalb müssen den jeweiligen Verkehrsträgern die entsprechenden externen Kosten angerechnet werden.

1. Die EVG fordert mehr Geld für den nachhaltigen Lärmschutz - Das Lärmsanierungsprogramm des Bundes muss ausgeweitet werden. Bisher gilt dies nur für Lärmschutzmaßnahmen an Bundesschienenwegen; künftig muss auch der Lärmschutz an Fahrzeugen in das Programm einbezogen werden. Die dafür nötigen Bundesmittel müssen nicht nur verstetigt sondern deutlich erhöht werden. Mögliche Fördermittel der EU für die Transeuropäischen Netze sind ebenfalls in Anspruch zu nehmen.
2. Die EVG setzt sich, zusammen mit den anderen in der ETF organisierten Gewerkschaften, für eine europäische Lösung der Lärmprobleme ein. Sowohl die Europäische Kommission wie auch die UIC werden aufgefordert, ihren Widerstand gegen praktikable Lösungen aufzugeben.
3. Die EVG fordert kurzfristige Maßnahmen zum Schutz vor Schienenlärm - Das vorgesehene lärmabhängige Trassenpreissystem bringt für die Anwohner hochbelasteter Strecken nur langfristig Linderung. Nötig sind kurzfristig wirksam werdende Maßnahmen, wie Absorber an den Rädern der Waggons, niedrige aber effektive Lärmschutzwände oder das häufigere Schleifen der Schienen. Die EVG fordert insbesondere, nach nunmehr siebjähriger Erprobung der LL-Sohle, deren umgehende Freigabe. Der Einbau der „leisen Bremsbeläge“ darf dabei nicht zu Mehrkosten und damit Wettbewerbsverzerrungen der Eisenbahnverkehrsunternehmen führen, sondern muss entsprechend gefördert werden. Angesichts der enormen gesundheitlichen Belastungen, die von Lärm ausgehen, fordert die EVG ein Verbot von Güterzügen mit Graugussbremsen ab dem Jahr 2020.
4. Die EVG fordert den Bau von Alternativstrecken - Angesichts des prognostizierten Wachstums im Schienengüterverkehr ist der weitere Ausbau des Netzes unabdingbar. Dazu gehört auch die Planung von Alternativstrecken. Die EVG erwartet, dass die hierfür nötigen Mittel in der 2015 anstehenden Revision des Bundesverkehrswegeplans berücksichtigt werden.
5. Die EVG fordert die Vereinfachung des Planungsrechts: Bis die für den Baubeginn einer Lärmschutzmaßnahme nötige Rechtssicherheit hergestellt ist, vergehen oft Jahre. Das Planungsrecht muss deshalb vereinfacht und beschleunigt werden. Dabei ist eine demokratische und transparente Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen.
6. Die EVG fordert eine Personalaufstockung beim EBA: Um die Maßnahmen aus dem Lärmsanierungsprogramm sowie die Umrüstung der Güterwagen mit leisen Bremsen zu beschleunigen, muss das EBA personell gestärkt werden. Mit mehr Mitarbeitern können die entsprechenden Aufgaben schneller erledigt werden.
7. Die EVG fordert einen Ausgleich für den Wegfall des Schienenbonus: Weil Schienenlärm subjektiv als nicht so lästig empfunden wurde wie der Krach auf der Straße,

gibt es bisher für die Eisenbahn einen „Lärmbonus“ von 5 dB (A). Es darf durch den geplanten Wegfall dieses Bonus nicht zur Verzögerung oder gar Wegfall von Neu- und Ausbauprojekten in der Infrastruktur kommen. Vielmehr muss als Ersatz das Lärmsanierungsprogramm für die Schiene deutlich aufgestockt werden.

8. Die EVG fordert Forschung und Entwicklung voranzutreiben: Mit der Einführung von leiseren Bremsen wird das Lärmproblem im Schienengüterverkehr allein nicht in den Griff zu bekommen sein. Vielmehr müssen Forschung und Entwicklung auch in anderen Bereichen vorangetrieben werden. Nur mit einer Vielzahl an Maßnahmen kann es gelingen, Lärm möglichst schnell auf ein erträgliches Maß zu reduzieren und so Gesundheit, Umwelt und Arbeitsplätze zu schützen.